

Demokratisierungsprozesse und Wandel der Eliten in Deutschland im 20. Jahrhundert

Veranstalter: Nathalie Le Bouëdec/ Fritz Taubert, Université de Bourgogne, Dijon

Datum, Ort: 07.06.2013, Dijon

Bericht von: Nathalie Le Bouëdec, Dijon

Deutschland wurde von den drei „Demokratisierungswellen“¹ des 20. Jahrhunderts erfasst: von der ersten, die nach dem Ersten Weltkrieg in die Entstehung der Weimarer Republik mündete, von der zweiten, durch das Ende des Zweiten Weltkriegs und des Naziregimes ausgelösten Welle und schließlich von der dritten Welle des ausgehenden 20. Jahrhunderts. Dennoch ist das Land bisher kein bevorzugter Untersuchungsgegenstand der Transformationsforschung gewesen – es sei denn im Fall der DDR, wobei aber die synchronische Perspektive, das heißt der Vergleich mit den osteuropäischen Ländern, überwiegt, nicht die diachronische. Gerade diesen letzten Ansatz verfolgte die Tagung, die einen vergleichenden Blick auf die drei genannten Systemwechsel warf und dabei die Frage nach dem Wandel der Eliten in den Mittelpunkt stellte: inwiefern ging der Systemwechsel mit einem Elitewandel einher und worin bestand dieser Wandel? Welche Bedeutung hatten dabei die Erfahrungen der Vergangenheit?

In seiner kurzen Begrüßungsansprache unterstrich FRITZ TAUBERT (Dijon) die Aktualität der Fragestellung. Ereignisse wie der arabische Frühling und dessen Folgen zeigten, wie relevant eine Auseinandersetzung mit Demokratisierungsprozessen heute sei.

Die Frage nach dem Wandel der Eliten wurde zunächst von MORTEN REITMAYER (Trier) anhand eines Vergleichs der Elitesemantiken in der Weimarer Republik und der frühen Bundesrepublik untersucht. In der Weimarer Zeit sei bezeichnenderweise der Terminus „Elite“, der mit individueller Leistung und Konkurrenz in Zusammenhang gebracht werden könne, für Inhaber von Spitzenpositionen nicht benutzt worden; dagegen sei der „Führer“ zum herrschenden Begriff avanciert und in fast alle Schichten und politischen Lager eingedrungen. Die antide-

mokratische Elitesemantik der Weimarer Zeit sei durch das zerklüftete intellektuelle Feld, das der Einübung demokratischer Praktiken nicht förderlich gewesen sei (Reitmayer stütze sich vorwiegend auf eine Analyse der damaligen Kulturzeitschriften), begünstigt worden. Reitmayer ging dann auf die Faktoren ein, die nach 1945 zur Entwicklung einer neuen, demokratiekompatibleren Elitesemantik führten: Zu der Diskreditierung des Führerbegriffs sei die Veränderung des intellektuellen Felds hinzugekommen: dessen größere Homogenität, der Übergang von Richtungs- zu Forumzeitschriften hätten eine lagerübergreifende Verständigung ermöglicht und einen demokratieaffineren Rahmen geschaffen. In dieser Konstellation sei außerdem eine große Nachfrage nach handlungsleitenden Ordnungsideen entstanden, die, so Reitmayers These, der Elite-Begriff befriedigen konnte: einerseits konnte über diesen Begriff die Ungleichheit in die Demokratie hinein transportiert werden, andererseits war er aber im Gegensatz zum Führerbegriff mit Konsensverpflichtung vereinbar. So sei diese neue Elitesemantik auch ohne Austausch des Führungspersonals wirksam gewesen. Dies zeige, so Reitmayers Fazit, dass für den Erfolg der Demokratie weniger ein Personalwechsel als vielmehr strukturelle und konjunkturelle Gründe entscheidend gewesen seien.

Mit seinem Vortrag über die Wirtschaftseliten leitete WERNER BÜHRER (München) eine Reihe von jeweils spezifischen Elitengruppen gewidmeten Beiträgen ein. Er ging der Frage nach, inwiefern sich der Stellenwert der Demokratie bei den Unternehmern geändert habe und wie diese Entwicklung zu deuten sei. Ausgehend von Stellungnahmen des Reichsverbands der deutschen Industrie und dessen Nachfolgeorganisation, des Bundesverbands der deutschen Industrie, unterstrich er die Unterschiede zwischen der Weimarer Zeit und der frühen Nachkriegszeit: während die Ideologie des „Herrn im Hause“ (bzw. des „Führers“) die Zäsur von 1918 ungeboren überdauert habe, seien die tradierten Überzeugungen 1945 erschüttert gewesen. Auf institutioneller Ebene sei die Bereit-

¹ Wolfgang Merkel, „Transformation politischer Systeme“, in: Herfried Münkler (Hrsg.), Politikwissenschaft. Ein Grundkurs, Reinbek bei Hamburg 2003, S. 208.

schaft, dauerhafte Lösungen zu finden, ungleich höher gewesen als 1918, und einiges im Diskurs der Unternehmer deutete auf eine Verpflichtung gegenüber der Demokratie hin, die in der Weimarer Zeit undenkbar gewesen wäre. Als Erklärungen, so Bühlers Hypothesen, seien sowohl endogene (das Vorrücken von technokratisch denkenden Unternehmern aus der zweiten Reihe, die an eine Zusammenarbeit mit dem Staat gewöhnt waren) als auch exogene Faktoren (der Einfluss der Besatzungsmächte) heranzuziehen. Bühler hob jedoch die Grenzen dieses Wandels hervor, die etwa in der feindlichen Haltung zur Mitbestimmung oder in der positiven Erinnerung an den Zusammenhalt zwischen Arbeitgebern und Arbeitern in der NS-Zeit zum Ausdruck kamen. Insgesamt sehe es danach aus, als hätten sich anfangs viele Unternehmer eher aus Opportunität mit der Demokratie abgefunden. Erst in den 1960er-Jahren seien sie zu festen Stützen der Demokratie geworden.

NATHALIE LE BOUËDEC (Dijon) befasste sich dann in ihrem Vortrag mit einer anderen Elitegruppe: den Juristen. Ihr Interesse galt nicht der bereits weitgehend erforschten personellen Kontinuität im Juristenstand, sondern der Entwicklung der Diskurse über Stellung und Funktion des Richters – eine Frage, die zu beiden Zeiten Gegenstand von lebhaften Debatten gewesen sei. Die Weimarer Zeit sei durch die Auseinandersetzung zwischen zwei aneinander vorbei gehenden Diskursen gekennzeichnet worden: einem ausgegrenzten, vor allem von sozialdemokratischen Juristen getragenen „Erneuerungsdiskurs“ einerseits, der ein neues Richterleitbild in der Demokratie zu entwerfen versuchte, und dem herrschenden, reaktionären Diskurs andererseits, der jede Neubestimmung der Stellung des Richters ablehnte. Die Konstellation der frühen Nachkriegszeit weise zwar Gemeinsamkeiten mit der ersten Periode auf, die das Fortbestehen traditioneller Leitbilder (wie des Ideals des „unpolitischen Richters“) dokumentierten. Wenn also kein Diskurswandel stattgefunden habe, könne jedoch nicht von einem *Status quo* die Rede sein: So sei der immer noch von Sozialdemokraten getragene Reformdiskurs teilweise von den anderen Juristen übernommen worden, und die gegen-

seitige Ab- und Ausgrenzung sei einer friedlicheren Koexistenz innerhalb eines konsensbildenden Rahmens gewichen. Diese veränderten Bedingungen hätten trotz der Grenzen der Demokratisierung, um die Ende der 1960er-Jahre wieder heftig debattiert wurde, ein langsames Hineinwachsen der Justiz in die Demokratie erleichtert.

Mit dem Thema Justiz befasste sich auch – allerdings von einem ganz anderen Blickwinkel aus – MARIE-BÉNÉDICTE VINCENT (Paris). Sie legte den Teilnehmern die ersten Ergebnisse eines Forschungsprojekts vor, das sich durch einen originellen Ansatz auszeichnet und sich auf bis jetzt unausgewertete Quellen stützt: Statt den Schwerpunkt auf die Wiedereingliederung vieler Beamten nach 1945 zu legen, gilt ihr Interesse den Beamten, die gerade nicht wieder eingestellt wurden. So hat sie die Akten von Postbeamten untersucht, die nach 1945 aus dem öffentlichen Dienst entlassen wurden, weil sie ihre persönlichen Daten gefälscht hatten. Diese Stichprobe, so Vincent, sei zwar statistisch nicht repräsentativ; nichtdestotrotz biete sie die Möglichkeit, die Ansätze einer neuen – demokratischen – Beamtenethik zu erforschen. Nach einem Überblick über die damaligen Disziplinarverfahren führte Vincent einige konkrete Beispiele an. Der Schwerpunkt lag dabei auf den Entscheidungen der Dienststrafhöfe und dem Diskurs der Richter. Zwei Elemente waren dabei von besonderem Interesse: Erstens erwiesen sich in den untersuchten Fällen die Richter als kompromisslos, indem sie die Argumente der Verteidigung (wie das Leitbild des „unpolitischen“ Beamten) zurückwiesen und harte Strafen verhängten, zweitens mischen sich in den Urteilsbegründungen zugleich Elemente einer traditionellen Standesethik und neue Argumente, wie der Beitrag zum Aufbau der Demokratie, die das Bestreben dokumentieren, eine neue Berufsethik zu entwickeln. In ihrer Schlussbemerkung betonte Vincent den Kontrast mit der damals herrschenden Praxis, Beamte ohne große Schwierigkeiten wieder einzuzuliefern.

Die Haltung der katholischen Eliten zur Demokratie in der Weimarer Republik und in der Nachkriegszeit bildete den Gegenstand des nächsten Vortrags von MARIALUISA SERGIO (Rom). Unter katholischen Eliten

verstand Sergio sowohl die Vertreter der katholischen Kirche – in erster Linie Eugenio Pacelli, zuerst Nuntius in Berlin und dann Papst Pius XII (Sergio hat viele Quellen im Vatican-Archiv auswerten können), als auch die politischen Vertreter des Katholizismus im *Zentrum* und nach 1945 in der CDU. Sie erinnerte daran, dass zu beiden Zeiten die katholischen Eliten zur Errichtung der neuen Verfassungsordnung beigetragen und als Stabilisierungsfaktor gewirkt hätten. Sie bildeten aber keine einheitliche Gruppe und ihre Haltung sei auch nicht frei von Ambivalenzen gewesen: so bestand in der Weimarer Zeit eine katholische Rechte, die der DNVP nahe stand. Sergio ging ausführlich auf die Spannungen ein, die das Verhältnis zwischen den religiösen und den politischen Kräften prägten. Die Zusammenarbeit zwischen dem Zentrum und der SPD in der Weimarer Republik beispielsweise habe Misstrauen in der Kirche erweckt und zu einer Distanzierung geführt. Ebenso habe die Kirche nach 1945 zunächst eher das Zentrum als Adenauers überkonfessionelle CDU unterstützt, bevor sie eine selbständige christliche Partei schließlich anerkannte. Überhaupt könne das Verhältnis zwischen Religion und Politik, zwischen Kirche und Partei, so Sergios Meinung, als Indikator für die Modernisierung der katholischen Eliten und ihre zunehmende positive Bewertung der von der religiösen Macht unabhängigen Demokratie dienen.

ANDREAS LINSENMANN (Mainz) befasste sich dann mit den von der französischen Besatzungsmacht angewandten Mitteln, um einen Wandel der Werthaltungen von aktuellen und künftigen Eliten herbeizuführen. Er zeigte, dass die Franzosen diesem Wandlungsprozess in Verbindung mit einer umfassenden Demokratisierung hohe Priorität beimaßen und hierzu eine breit angelegte Kulturpolitik betrieben. Unter anderem wurde mit enormem Ressourceneinsatz eine Musikpropaganda betrieben, die darauf abzielte, das Selbstbild einer überlegenen deutschen Musikknation auszuhebeln. In dieser Denkfikur hätten die Franzosen eine enge Verbindung zum Denkmuster allgemeiner, rassistisch begründeter Überlegenheit gesehen. Einerseits, so Linsenmann, ließen sich Erfolge dieser Politik hinsichtlich des Aufbrechens kul-

tureller Stereotype feststellen. Andererseits sei die Reichweite begrenzt geblieben, worauf die Besatzungsmacht reagierte, in dem sie beinahe trotzig konstatierte, das Musikangebot richte sich an die „Elite“ derer „die zählen“.

AGATHE BERNIER-MONOD (Lyon) legte mit ihrem Vortrag eine Fallstudie vor: in ihrer Dissertation befasst sie sich mit der politischen Laufbahn von vier Frauen, die sowohl in der Weimarer Zeit als in der frühen Bundesrepublik im Parlament saßen und öfters zusammenarbeiteten: Helene Weber (Zentrum, dann CDU), Marie-Elisabeth Lüders (DDP, dann FDP), Louise Schröder und Maria Ansorge (beide SPD). Der Vortrag schilderte zuerst die Rolle, die diese Frauen bei dem politischen Wiederaufbau spielten: So seien sie mit der Unterstützung der Alliierten, die ihnen Mandate anvertrauten, auf lokaler und regionaler Ebene sehr aktiv gewesen; sie hätten sich mit sozialen Fragen und Bildungsangelegenheiten aber auch mit Entnazifizierungsverfahren befasst. In einem zweiten Teil analysierte Bernier-Monod, wie die vier Frauen ihre zweite parlamentarische Erfahrung erlebten. Auffallend sei ihre Kritik an der Stimmung und dem neuen politischen Personal in Bonn, ebenso wie ihr positives, idealisiertes Bild der Weimarer Republik, die sie gegen deren Kritiker verteidigten. Eine solche Haltung könne durch eine gewisse Frustration dieser Frauen erklärt werden, die in der Bundesrepublik nicht die erhoffte Stellung einnehmen konnten und wieder in eine Außenseiterrolle gedrängt wurden. Die Frage sei natürlich berechtigt, gab Bernier-Monod zu, ob diese kleine Gruppe als „Elite“ betrachtet werden könne. Dennoch zeigte diese Fallstudie, dass die Weimarer Eliten nach 1945 nicht unbedingt als „brauchbar“ betrachtet wurden, bzw. dass keine Kontinuität zwischen der demokratisch gesinnten Elite der Weimarer Republik und den neuen Eliten bestand.

GUILLAUME MOURALIS (Paris) widmete sich schließlich der dritten und letzten Demokratisierungsphase des 20. Jahrhunderts: dem Zusammenbruch der DDR und Wiedervereinigung. In seiner Dissertation hat er sich mit der „Säuberung“ („*épuration*“) – Mouralis wies darauf hin, dass die Deutschen diesen Begriff nicht verwenden – der ostdeutschen Eliten durch die deutsche Justiz nach

1990 beschäftigt. Der deutsche Fall sei insofern interessant, als er im Vergleich zu den anderen osteuropäischen Ländern untypisch sei und nicht in die von der Transformationsforschung ausgearbeiteten Modelle hinein passe. Man könne dafür mehrere Faktoren anführen: Zum Beispiel seien genug Ersatzkräfte für die Eliten des alten Regimes vorhanden gewesen (in Westdeutschland); auch sei die Demokratie nicht bedroht gewesen. Vor allem, so Mouralis' zentrale These, könne der Verlauf der Säuberung nur aufgrund der Geschichte und der Erfahrung der Westdeutschen verstanden werden. Man dürfe nämlich nicht vergessen, dass die Prozesse von den Westdeutschen durchgeführt worden seien und dass der Diskurs darüber überwiegend ein westdeutscher gewesen sei; die DDR-Bürger selbst seien nicht unbedingt für den strafrechtlichen Weg eingetreten. Im Rahmen der Prozesse sei außerdem wiederholt auf historische Argumente bzw. auf frühere westdeutsche Gesetze Bezug genommen worden. Die Kontinuität mit der Vergangenheitspolitik der Bundesrepublik sei also ganz deutlich.

Die verschiedenen Vorträge bestätigten die Berechtigung der Fragestellung, sowohl was den Vergleich zwischen den drei Demokratisierungsprozessen als auch den Fokus auf den deutschen Fall betrifft. So haben sich zahlreiche Parallelen und Querverbindungen zwischen den untersuchten Elitegruppen ergeben – etwa die Tatsache, dass der Erfolg weniger eine Sache des Generationenwechsels oder der „Bekehrung“ zur Demokratie, als vielmehr die Folge von strukturellen und konjunkturellen Veränderungen gewesen ist; auch die Entwicklung des Verhältnisses der Eliten zur Politik war ein mehrfach wiederkehrender Aspekt. Außerdem wurde deutlich, dass die Erfahrungen der Vergangenheit nicht nur nach 1945, sondern auch nach 1990 entscheidend waren, dass also die diachronische bzw. historische Perspektive für eine Analyse der Demokratisierungsprozesse in Deutschland von besonderer Bedeutung ist.

Die Ergebnisse dieser Tagung werden voraussichtlich im Frühjahr 2014 in der französischen Zeitschrift *Allemagne d'aujourd'hui* erscheinen.

Konferenzübersicht:

Morten Reitmayer (Trier): Elitesemantiken und Demokratie. Die Weimarer Republik und die frühe Bundesrepublik im Vergleich

Werner Bührer (München): Wirtschaftseliten und Demokratisierung nach 1918 und nach 1945

Nathalie Le Bouëdec (Dijon): Le juge, la politique et la démocratie: analyse du discours des élites juridiques sur la fonction et la position du juge après 1918 et dans l'immédiat après-guerre

Marie-Bénédicte Vincent (Paris): Quand les fonctionnaires ouest-allemands épurent leurs rangs: étude des sanctions disciplinaires contre les 'falsificateurs' lors de la transition démocratique de 1949

Marialuisa Lucia Sergio (Rom): La question catholique dans les deux après-guerres allemands entre continuités et virages: le rôle ambivalent d'Eugenio Pacelli (1918-1932 – 1945-1958)

Andreas Linsenmann (Mainz): 'Donner un nouvel idéal': Bestrebungen der französischen Besatzungsmacht zur Transformation politisch-kultureller Werthaltungen deutscher Eliten nach 1945

Agathe Bernier-Monod (Lyon): La deuxième reconstruction. Perceptions de la refondation institutionnelle et de la seconde rentrée parlementaire par quatre doyennes de la démocratie allemande

Guillaume Mouralis (Paris): L'épuration des élites est-allemandes entre ingénierie sociale et utopie politique

Tagungsbericht *Demokratisierungsprozesse und Wandel der Eliten in Deutschland im 20. Jahrhundert*. 07.06.2013, Dijon, in: H-Soz-u-Kult 30.09.2013.